

Rechtsanwältin Sokolowska (geb. Siwiec-Glab)

MANDATSAUFNAHMEBOGEN

AUFTRAGGEBER/ **Zleceniodawca**

Name: _____ Bankverbindung: _____
Vorname: _____ Geldinstitut: _____
Straße: _____ Konto-Nr.: _____
Wohnort: _____ BLZ: _____
Telefon: _____
Mobile: _____
Fax: _____
Rechtsschutzversicherung: _____
Versicherungs-Nr.: _____

Vorsteuerabzugsberechtigt: ja / nein

GEGENPARTEI/ **Strona pozwana**

Name: _____
Vorname: _____
Anschrift: _____
Telefon/Fax: _____

Wie wurden Sie auf unsere Kanzlei aufmerksam? **Jak znaleźli Państwo moją kancelarię?**

Örtliches Telefonbuch

Empfehlung

Google

RA-Kammer

Anwaltssuchdienst

Sonstiges: _____

Wir sind aufgrund der Europäischen Datenschutzgrundverordnung verpflichtet, Ihnen nachstehende Hinweise zu erteilen.

Wir bitten Sie auch zu entscheiden, wie Sie mit uns elektronisch kommunizieren wollen (Ziff. 5 der Hinweise). Bitte streichen Sie dort unzutreffendes und tragen Sie das Gewünschte ein.

In der Regel werden wir aufgrund von Abrechnung nach Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) mit unseren Mandanten tätig.

Sollten wir ausnahmsweise eine Vergütungsvereinbarung mit Ihnen schließen, so gilt diese und eine Abrechnung nach RVG scheidet somit aus.

Hinweise zur Datenverarbeitung bei Mandatserteilung

1. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname, eine gültige E-Mail-Adresse, Anschrift, Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk) Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können; um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können; zur Korrespondenz mit Ihnen; zur Rechnungsstellung; zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

2. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von

Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und

deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

3. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und

- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

4. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an bussgeld@posteo.de

5. elektronische Kommunikation/ Einwilligung

Ich habe die vorgenannten Informationen zum Datenschutz nach Art. 13 DSGVO nebst meinen Betroffenenrechten gelesen. Ich willige hiermit ein, dass die Verantwortliche, Frau Rechtsanwältin Anna Siwiec-Glab meine personenbezogenen Daten zum Zwecke des Mandats verwenden darf.

Wir weisen weiter darauf hin, dass Kommunikation über (unverschlüsselte) Email-Nachrichten erhebliche Sicherheitsrisiken birgt. Eine E-Mail bietet weniger Sicherheit als eine Postkarte. Darüber sollten Sie sich im Klaren sein. Hierfür haben wir uns für den sicheren Email-Provider Posteo entschieden, der eine sichere Verschlüsselungstechnik (Transportwegverschlüsselung) PFS und DANE/TSLA unterstützt. Eine Inhaltsverschlüsselung erfolgt jedoch nicht, sodass ein Nachrichtenversand nie zu 100% sicher erfolgen kann.

Wenn Sie sich aber entscheiden, mit uns über die Posteo-Email zu kommunizieren, so willigen Sie damit auch gleichzeitig in eine Beantwortung per Email ein. Sonst sollen Sie mit uns per unserer Cloud, Fax oder über den Postweg kommunizieren.

Ich wünsche Email-Austausch per / **Proszę o komunikację poprzez:**

- transportweg-verschlüsselter Email bussgeld@posteo.de/ **Email**
- Cloud von TeamDrive (für Sie kostenlos)/ **Chmurę**
- Whatsapp
- Post/ **Pocztę**

.....
Ort/Datum/ **miejsce i data**

.....
Unterschrift/ **podpis**

Vollmacht

Zustellungen werden nur an die Bevollmächtigte erbeten!

**Rechtsanwältin
Anna Sokolowska (geb. Siwiec-Glab)
Am Eichelberg 17
50767 Köln**

wird hiermit in Sachen

wegen

sowohl Vollmacht zur außergerichtlichen Vertretung aller Art als auch Prozessvollmacht für alle Verfahren in allen Instanzen erteilt. Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

1. Außergerichtliche Vertretung und Geltendmachung von Ansprüchen aller Art, auch gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherer und Akteneinsicht
2. Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen und Abgabe und Entgegennahme von einseitigen Willenserklärungen (z. B. Kündigungen).
3. Vertretung im privaten und gesetzlichen Schlichtungsverfahren.
4. Prozessführung (u. a. nach ff 81 ff ZPO).
5. Antragstellung in Scheidungs- und Scheidungsfolgesachen, Abschluss von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen sowie Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- und sonstigen Versorgungsauskünften.
6. Vertretung und Verteidigung in Strafsachen und Bußgeldsachen (§§ 302, 374 StPO) einschließlich der Vorverfahren sowie (für den Fall der Abwesenheit) Vertretung nach § 411 Abs. 2 StPO und mit ausdrücklicher Ermächtigung auch nach §§ 233 Abs. 1, 234 StPO und Stellung von Straf- und anderen nach der Strafprozessordnung zulässigen Anträgen.
7. Bei Anträgen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen gilt die Vollmacht auch für das Betragsverfahren.
8. Vertretung vor Verwaltungs-, Sozial- und Finanzbehörden und -gerichten.
9. Vertretung vor den Arbeitsgerichten.
10. Beilegung des Rechtsstreits oder außergerichtlicher Verhandlungen durch Vergleich, sonstige Einigung, Verzicht oder Anerkenntnis.
11. Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche.
12. Entgegennahme und Bewirken von Zustellungen und sonstigen Mitteilungen.
13. Alle Neben- und Folgeverfahren, z. B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Insolvenz, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und Hinterlegung.
14. Empfangnahme der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und notwendigen Auslagen sowie von Dritter Seite zu zahlenden dem Mandanten zustehenden Geldern.
15. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere.
16. Der Vollmachtgeber tritt bereits jetzt eventuelle Ansprüche gegen die Staatskasse auf Erstattung von Anwaltskosten als notwendige Auslagen gem. § 43 RVG an die Bevollmächtigte ab.

Ort, Datum

Unterschrift des Vollmachtgebers